

Ein weiteres Beispiel: Die Arbeitslosen, die im Produktionsprozess zu Ruhen und frommen des Kapitals zum Kräftepunkt geworden sind, werden gleichfalls mit Beihilfen abgeholfen. Die Sozialrente beträgt heute im Durchschnitt 200 Mark im Monat. Diese Summe reicht nicht aus, um ein Brot zu kaufen. Rechnet man noch die Zuschüsse von Reich und Gemeinde hinzu, so kommen die Sozialrenten und Sozialrentner im Durchschnitt auf 1500 Mark monatlich.

In vielen Fällen sind die Gemeinden nicht imstande, den produktiven Anteil aufzubringen, den sie auf Grund des Gesetzes über Arbeitsbeschäftigung zur Unterbringung von Rentenempfängern der Sozialrenten- und Angehörigenversicherung vom 7. Dezember 1921 aufzubringen haben. Dadurch verzögern sich die Auszahlungen der Beihilfe oft um Monate. Aus solchen wird berichtet, daß verschiedene Gemeinden einfach nur die 80 Prozent, die das Gesetz gewährt, auszahlen. Der Anteil der Gemeinde von 20 Prozent wird den Rentenempfängern vielfach vorenthalten.

Hier zeigt sich das wahre Wesen der demokratischen Republik. Den Opfern des Krieges und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Beihilfepflichtigen, den kaiserlichen Offizieren Bombengehältern. Solche Zustände reifen in vierjähriger Reaktionspolitik.

Die Sozialdemokraten, die in der Bekämpfung der Reaktion und der monarchistischen Offiziere den Mund recht aufmachen — der „Vorwärts“ nennt Ludendorff mehrmals in der Woche einen Landesverräter — haben während ihrer Regierungszeit nichts unternommen, um der himmelschreienden Ungerechtigkeit ein Ende zu bereiten. Die Sozialdemokraten sind mitauschuldig, daß die kaiserlichen Offiziere und Hohenzollernprinzen, daß Reichspulvischer Kriegsgelöhner erhalten, während die Sozial- und Kriegserntenempfänger hungern, frieren, in Not zugrunde gehen.

Die Sozial- und Kriegserntenempfänger wurden verdrängt: die finanzielle Lage des Reiches ist schlecht. Wenn die Armeen redlich arbeiten, läßt man sie mit Maschinen gewehren bearbeiten. Die kaiserlichen Offiziere aber fürchtete man, darum wurden sie mit unbeschränkter Kriegsgelöhen befristet — trotz der schlechten Finanzlage.

Dieser Skandal muß beseitigt werden. Die Folgen der immer mehr und mehr sinkenden Lebenshaltung, die Unterernährung, frühzeitiger Verbrand der Arbeitsschäfte, frühe Invalidität ist das Los, das die Sozial- und Kriegserntenempfänger heute tragen, ist das Schicksal, das alle Proletariat droht.

Vom Aufsichtsrat der Stinnes-Republik, dem Kabinett Cuno, dem die Sozialdemokraten ihr Vertrauen ausgesprochen haben, vom bürgerlichen Parlament ist keine Besserung zu erwarten, nur eine geschlossene Kammerfahrt der Sozialrenten, Kriegsernter, Lohn- und Gehaltsempfänger von der gesamten Arbeiterschaft kann und wird die handhabe des Lebens ändern.

Gegen die Besetzung des Ruhrgebietes

Nicht Nationalismus, sondern Klassenkampf

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 10. Dezember.

Die drei Beisetzungen der Kommunistischen Partei von Rheinland-Westfalen haben in gemeinsamer Sitzung einen Aufruf beschlossen, in dem es heißt:

Bei ihrer Stellungnahme gegen den Vertrag von Versailles, gegen die Besetzung des Ruhrgebietes und gegen die Besetzung des Reiches gehen die internationalen Auslegung der Methode der Ententegegner durch die neue Herrschaft.

1. haben die kaiserlichen Vorkämpfer der bürgerlichen Kapitalisten Parteien und besonders die Führer der Gewerkschaften, auch die beträchtlichen Unterdrückungs- und Bergewinnungsmethoden des deutschen kaiserlichen Imperialismus gegen die besetzten Völker ausgeübt und ausdrücklich gefördert;

2. sind die kaiserlichen Führer der bürgerlichen Parteien sofort für die Besetzung der Rheinlande vom deutschen Vaterland „eingetrennt“, wenn es in Deutschland in einer Arbeiterregierung, zu einer proletarischen Herrschaft zu kommen droht;

3. sind die Führer des deutschen Schwerekapitals auf dem besten Wege, eine Verbindung mit dem französischen Kapital herbeizuführen, auf Kosten der deutschen wie auch der französischen Arbeiter.

Diese Vorkämpfer der Kapitalisten kann nur beseitigt werden durch den gemeinsamen Klassenkampf der Proletariate aller Völker. Durch den Kampf gegen die nationalstaatliche Besetzung der Arbeiter der einen Landes gegen das andere. Die kapitalistischen Unterdrückungs- und Bergewinnungsmethoden nationalstaatliche Vorkämpfer der Arbeiter zu vernichten und dadurch ihren Kampf zu schwächen. Das revolutionäre Proletariat Rheinlands-Westfalens lehnt es deshalb auch in dieser Stunde ausdrücklich ab, mit den kaiserlichen Kapitalisten und deren Vorkämpfern irgendwelche gemeinsame Sache zu machen. Die deutsche Arbeiterklasse wendet sich aber in brüderlicher, enger Zusammenarbeit an die ausgebeuteten arbeitenden Schichten Belgiens, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens, sie in ihrem Kampfe gegen den Vertrag von Versailles, gegen die imperialistische Besetzung des Ruhrgebietes zu unterstützen. Nur durch die gemeinsamen Unternehmungen der Ausgebeuteten aller Länder wird auch die Arbeiterklasse Rheinlands-Westfalens von dem Druck der Entente von Versailles und seinen Anhängern befreit werden.

Die Besetzung des Ruhrgebietes ist ein Verstoß gegen die Prinzipien der Demokratie und der Gerechtigkeit. Die Arbeiterklasse des Ruhrgebietes wird sich nicht durch die Besetzung des Ruhrgebietes zu beugen lassen. Die Arbeiterklasse des Ruhrgebietes wird sich nicht durch die Besetzung des Ruhrgebietes zu beugen lassen.

Die Arbeiterklasse des Ruhrgebietes wird sich nicht durch die Besetzung des Ruhrgebietes zu beugen lassen. Die Arbeiterklasse des Ruhrgebietes wird sich nicht durch die Besetzung des Ruhrgebietes zu beugen lassen.

Reparationskonferenz in London

Eingeleitet unter den Alliierten. — Zahlungsausfall für höchstens 2 Jahre und eine Anleihe von einer halben Milliarde. — Verhandlung von der Anleihe und den Zinsen. — Kontrolle der Finanzen und der Währungsverhältnisse. — Von Ruhrbesetzung ist nicht die Rede. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. Dezember.

Die Konferenz der alliierten Minister ist am Sonnabend zusammengetreten. Angeblich liegen die freundschaftlichen Beziehungen kein Mißverständnis aufkommen. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß große Hoffnung besteht, daß die Konferenz zu einem baldigen erfolgreichen Abschluß kommen. Nach Feiler gilt es als wahrscheinlich, daß die Verhandlungen der alliierten Ministerpräsidenten bis Dienstag dauern werden.

Ueber den Verlauf des ersten Verhandlungstages in London glaubt man mitteln zu können: Wie es scheint, müßte der französische Standpunkt dahin formuliert werden, daß Deutschland höchstens für zwei Jahre einen Ausfall von 1/2 Milliarde an Zinsen erhalten könne. Während dieser Zeit müßten die Sozialleistungen, wenn auch in vermindertem Maßmaß, geleistet werden. Die deutsche Regierung müßte in dieser Zeit gezielte Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer halben Milliarde Goldmark, zu der eine gleich hohe Summe aus dem Goldbestand der Reichsbank kommen müßte, werde Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt. Als Bürgschaft

für die Ausführung dieser Reformen würden die Alliierten 25 v. H. der deutschen Anleihe und die Zolleinnahmen erheben, sowie die Vermögenswerte des Ruhrgebietes kontrollieren. Das italienische Moratorium, das Mussolini der Konferenz unterbreitet hat, daß sich zum Teil mit den französischen Vorschlägen, Mussolini verzichtet aber nicht gänzlich auf die Reparationsforderungen, die er auf die Schulden und der internationalen Kriegsschulden. Die belgischen Ansprüche dürften nicht ermäßigt werden. Der italienische Reparationsanteil sei zu erhöhen. Bonar Law habe die französischen Vorschläge in dem erwähnten Form kritisiert. Er betrachte die Unterbreitung der Entente verbale als gesundheitliche Schwäche. Er müßte aber auch mit der alliierten Meinung Englands rechnen, die in ihrer Mehrheit jeder Zwangsmäßigkeit gegenüber Deutschland feindlich sei. Die jetzige englische Regierung werde eine verstärkte Kontrolle der deutschen Finanzen zulassen und lieber auch von der Erhebung von 25 v. H. von Wert der deutschen Anleihe (wie von dem deutschen Wert) zur Deckung der Reparationsforderungen der alliierten Staaten annehmen. Bonar Law habe versichert, daß die englische Regierung, ohne die amtlichen Abteilungen Amerikas abzuwarten, einen Erlaß der Summe zu bewilligen bereit sei, die die alliierten Mächte England schänden. Voraussetzung ist, daß ein solches Opfer zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne.

Die deutschen Vorschläge in London abgelehnt

Berlin, 11. Dezember.

Die deutsche Regierung hat zum Beginn der Konferenz in London einen Entwurf unterbreitet. Sie hat die Dringlichkeit einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage betont und um eine solche Lösung durch zueinanderliche Vorschläge anzusprechen, ein System von inneren und äußeren Anleihen zur Deckung gestellt. Das dafür zu gewährende Moratorium soll je nach der Höhe des Zahlungsausfalls bis zu fünf Jahren betragen. Der Erlaß der Reparationsforderung soll nach der Erteilung der Notstandsankündigung zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte soll der Moratoriumsbehörde und dem Ausschuss des Reichshausparats dienen.

Berlin, 11. Dezember.

Nach höchsten Blättermeldungen hat die deutsche Regierung den Vorkämpfern der Arbeiterbewegung von Sozialisten in Höhe von 3 Millionen Mark geboten, mößte sie ein Moratorium von 4 Jahren verlangen. Wie Reuters meldet, erklärte Mussolini gestern in einer Unterredung, daß die Alliierten einstimmig die deutschen Vorschläge verworfen hätten.

Die Antwort auf die Sühnenote

Die Republik zahlt für die bürgerlichen Dreißigjährigen

(M.B.) Paris, 11. Dezember.

Wie Havas berichtet, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die Vorkämpferkonferenz über die Zwischenfälle in Wallon und Inghelien gestern in Brüssel eingegangen. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie allein berechtigt ist, die Entschädigung auszusprechen, die verlangt würde. Sie erklärt weiter, daß sie die Bürgermeister in ihrer Eigenschaft als Polizeibehörden nicht abgeben könne, da diese keine Beamten seien, sondern gewählte Organe autonomer Verwaltungen. Die deutsche Regierung teilt mit, daß sie die verlangte Summe von einer Million Goldmark zur Verfügung der alliierten militärischen Kontrollkommission stelle.

In den Klauen „jüdischer Hente“

(Eigener Drahtbericht.)

München, 10. Dezember.

Hier fand eine farbeblutige Kundgebung der Vereinigten Vaterländischen Verbände statt. Als Redner trat der Justizminister der früheren Reichsregierung, der Funktionäre Dr. Roth an, der den „jüdischen Hente“ in der Vergangenheit, die die deutsche Regierung feierte, moßte ihm die Verarmung zugehört. Roth sprach vom Staatsgerichtshof als von einem „Revolutionstribunal“. Jegliches Gebühre nicht ins Zeugnis, sondern an den Galgen. Roth verhöhnte die deutschen Parlamente, die republikanischen Schmeichelei und trat für eine nationale Diktatur ein. Mit Hochrufen auf Hitler wurde ihm applaudiert. Dem Redner Cuno prognostizierte er nur ein kurzes Dasein. In Münchenlichen Journalen ist der Gegenstand wurde zur Verteilung des Reichs an den Klauen „jüdischer Hente“ aufgeführt und von der Verarmung ein dreifaches Hoch auf Ehrhardt ausgerufen. In einer Entschuldigungsverlangen die Vaterländischen Verbände die unbedeutende Freilassung Ehrhardts, die Beilegung der republikanischen Schmeichelei und Festigkeit gegenüber den Ententegebern.

Und für die nationalstaatlichen Kämpfer dieser Bande bezog die deutsche Republik eine Goldmilliarde als Sühne an die Entente.

Demokraten werden zassig

(Eigener Drahtbericht.)

München, 11. Dezember.

Die Ortspartei Unken der Deutschdemokratischen Partei hat sich aufgelöst. Es zeigt sich hier eine Ausweitung der Bewegung der Nationalsozialistischen Partei. Dieser Partei gehören die meisten Mitglieder der aufgelösten Ortspartei an.

1495fache Preise im Großhandel!

(M.B.) Berlin, 9. Dezember.

Die Großhandelspreise des Stahlwerks Reichsmann für November und Anfang Dezember stiegen folgendermaßen. Die Bewegung der Großhandelspreise erreichte nach dem ersten Anstieg im Oktober und zu Anfang November einen Höchststand, auf dem sie, wenn auch unter Schwankungen, bis Ende des Monats verharren. Aufgehoben wurden die Preise der grundlegenden Rohstoffe inländischer Erzeugung, insbesondere von Roh- und Eisen, im Verhältnis zum Wert beibehalten. Infolge dieser Bewegungen sind die Großhandelspreise des Stahlwerks Reichsmann am Ende des Monats um 568 Prozent im Durchschnitt Oktober auf den 1151 fache oder um 103,4 v. H. im Durchschnitt November über gestiegen. Der Dollar wert im November mit 783 gegen 2181 Mark im Oktober notiert, seine Höchstbewertung beträgt 125,8 v. H. Dieser Bewegung folgten die Einkaufspreise mit einer Steigerung von dem 307fachen auf den 2141 fache oder um 597 v. H. im November, wozu sich die Großhandelspreise des Stahlwerks Reichsmann am Ende des Monats um 499 Prozent auf den 553 fache oder um 91 v. H. anheben. Im einzelnen liegen Getreide und Kartoffeln von dem 529fachen auf den 919fache, Rette, Butter, Mehl und Hühner von dem 590fachen auf den 1036fache, Leinwand und Leder von dem 614fachen auf den 2100fache, Textilien von dem 1036fachen auf den 2288fache, Metalle von dem 868fachen auf den 1706fache, Kohlen von dem 228fachen auf den 979fache, Industriemaschinen von dem 568fachen auf den 1271fache.

Die auf dem 5. Dezember berechnete Eisenhandelspreise der Großhandelspreise erreicht das 1495fache des Friedensstandes. Von den Hauptgruppen liegen die Lebensmittel am gleichen Tage auf dem 1150fachen, die Industrieerzeugnisse auf dem 2122fachen; von dem 868fachen auf den 1706fachen, Kohlen von dem 228fachen und die Einkaufspreise auf dem 2569fachen.

Der Dollar heute vormittag 8300 Mark

500 Mark der Laib Brot im Januar

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. Dezember.

Nach Meldung der „Dona“ wird am heutigen Montag die im Getreideausgleich vorgesehene Zwanziger-Kommission zu einer Sitzung zusammengetreten. Dieser Zwanziger-Ausschuss hat die Aufgabe, für die nächsten zwei Drittel der Getreideumlage selbständig die Preise festzusetzen, ohne daß seine Beschlüsse der Genehmigung des Reichstages unterliegen.

In gut informierten parlamentarischen Kreisen nimmt man allgemein an, daß eine wesentliche Verteuerung des Brotes stattfinden wird. Von Seiten der Landwirte wird ein dreifaches bis vierfache Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide gefordert. Da der jetzige Preis nach der bereits erfolgten Erhöhung etwa 2000 Mark pro Tonne beträgt, so würde, wenn die Forderungen der Landwirte erfüllt würden, ein Preissteigerungspreis von 8000 bis 10000 Mark pro Tonne festgesetzt werden. Das würde aber als notwendige Folge haben, daß sofort der Weltpreis eine Steigerung um 100 Prozent erfahren würde, weil der Weltpreis generell nach dem Mittel zwischen dem Preis für die Getreideumlage und für das frei verkaufte Getreide. Da das 1908-Gramm-Brot jetzt durchschnittlich 250 Mark kostet, so dürfte für den ersten Monat des neuen Jahres mit einem Brotpreis von circa 500 Mark zu rechnen sein, um so mehr, als auch die Wäcker erst jetzt wieder mit der Forderung um Erhöhung ihres Verdienstes herorgetreten sind.

Die Cuno-Regierung beginnt ihr Programm zu erfüllen. Geht es auf das Vorgehen und die Sozialdemokraten schließt sie sich an, einen ungeheuren Schlag gegen die Existenz der arbeitenden Klasse zu führen. Die Arbeiterschaft muß geschlossen zum Kampfe gegen die Regierung stehen. Sie muß in machtvoller Bewegung dieser Regierung eine Regierung der Arbeiter entgegenstellen.

Gegen den Wucher mit Weihnachtsbäumen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. Dezember.

Ein Händler, der Weihnachtsbäume für 400 Mark das Stück eingekauft hatte, verlangte für den Baum 1000 Mark. Empört über den Wucher kürzte die Menge das Lager. Ein Teil der Bäume wurde fortgeschleppt.

Das Schielen nach der Koalition

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, einem gut unterrichteten Kapitalistenblatt, entnehmen wir:

„In den Kreisen, die sich um Müller-Franken scharen, mo man sich nicht völlig von dem internationalen Gedanken los unterlassen, veranlaßt man sich mit der berechtigten Sorge den französischen Maßnahmen der Zukunft und der Brüsseler Konferenz entgegen. Man kann also nicht denken, daß mit den letzten Wänden dieses Jahres bzw. gleich zu Beginn des nächsten, zunächst hinter den Kulissen, denn öffentlich, neue Verhandlungen stattfinden werden, die sich mit dem Gedanken tragen, eine breite parlamentarische Grundlage zu bilden, auf der die deutsche Reichsregierung mit gleicher Höhe steht, um den gesamtlichen Frieden herbeizuführen, die uns das Jahr 1923 gleich mit seinem Einzug auferlegen wird.“

Die Führer der SPD. schielen mit beiden Augen nach der Großen Koalition. Sie wären so gern in der Regierung Cuno eingetreten, wenn nicht die Furcht vor den abfallenden Arbeitermassen gewesen wäre. Kennzeichnend dafür ist ein Brief der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Dezember, „Koalition“ überschrieben, in dem das Blatt fast zwei Spalten lang über die Ausnutzung der Proletäre Einzelmeiner durch bürgerliche Zeitungen jammer, zum „Vormärts“ eine „klare und klare Stellung zur Koalitionsfrage“ verlangt und schließlich im selben Atemzug die Große Koalition zurückweist und die bürgerlichen Koalitionsparteien anfragt, ob sie der Sozialdemokratie die Hälfte der Regierungssitze einräumen wollen!

Das kommt davon, wenn man zugleich mit den Bürgerlichen abhandelt und den Arbeitern Koalitionsfeindschaft vortäuscht will.

Antibolschewistische Hehe im Auswärtigen

Ausschuh des Reichstages

(Eigener Bericht.)

Berlin, 9. Dezember.

Im Auswärtigen Ausschuh erklärte Außenminister Holtenberg, die Ausweitung des Kapitalverkehrs bestreite bisher an dem Widerstand einer bedeutenden deutschen Partei (der Sozialdemokratie) an der Billigung an der Entente. Durch vorzeitige Billigungsmass bei der Entente habe man sich jedoch überzeugt, daß die Alliierten gegen den Vertrag keine Bedenken haben.

Diese Ausführungen, noch mehr aber die der nachfolgenden des Sozialdemokraten Freilich, bezeugen unter Anführung, wonach den friedlichen Beziehungen mit Sowjet-Rußland, vor allem die Sozialdemokratie im Wege steht, unter der Regierung der Sozialdemokratie in der Zukunft vollkommen dem Ententekapital unterworfen. Freilich äußerte gewisse „Bedenken“ und erklärte, der Kapitalverkehr sei zu früh (!) abgeschlossen. Aufgrund gegenüber sei immer noch auf dem Wege. Freilich ist in volle Deutschland als Vorpann für die russischen Interessen verwendet. (!) Vor allem müßte aber für die vertriebenen bolschewistische Regierung S. Georgiens gewisse Reformen durchgeführt werden und nicht die Sowjetregierung anerkennen und eine Gesundheitshaft der russischen Menschheiten in Berlin zulassen.

Dem Sozialdemokraten widersprach der gemene Reichstagsminister B. der auch die durchaus korrekte Außenpolitik des Genossen Freilich in Schutz nahm. Genosse Koenen forderte in der Debatte die Anerkennung der Sowjetrepublik China und Buchara.

Der Sozialdemokrat, die von der SPD. im Auswärtigen Ausschuh betriebenen wird, schließt sich als würdige Ergänzung ein Schlußartikel des „Vorwärts“, der sein Material aus angeblichen Unterredungen mit ausweichenden georgischen Menschheiten schöpft. An der „Vorwärts“ hätte sich nicht entzünden brauchen, die Ausgewiesenen aufzuführen zu lassen. Dem bilden Berichte über Sowjet-Georgien weit feiner denkender Arbeiter Glauben schenken. Webrigens ist er „made in Germany“. In dem in Berlin gedruckten Dezemberbericht der georgischen Menschheiten sind diese Ausführungen fast wörtlich aufzuführen.

Die Bemerkungen der Sozialdemokratie der 2. Internationale gehen dahin, im Auftrag des englischen Imperialismus, der in Lausanne gegen die Imperialisten kämpfenden Sowjetregierung Schmeicheleien zu bereiten.

Dr. Heim für Kontrolle der Großmühlen. Der bekannte Bauernadvokat Heim ist in der Jubiläumsgeneralkonferenz des oberbayerischen christlichen Bauernvereins für eine Kontrolle der Großmühlen durch den Staat ein. Für Entlohnung der Mühlen kann Heim sich nicht erörtern. Vielmehr folgen 350 Großmühlen, die für die Versorgung Deutschlands ausreichen müßten, zu Gesellschaften zusammengefaßt werden und der größte Teil der Arbeit vom Staat übernommen werden, der damit eine Kontrolle über die Mühlen ausüben könne.

